

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Gelpfenig monatlich nachhinein. — Bestellungen nehmen alle jährlängigen Verkäufer, Briefträger und der Verlag (Halle (Saale), Nr. Brauhausstraße 30, eingetrag.) — Preis: höheres Ausland und Schweiz. — Abnahme und Einzelverkauf durch den Verlag für Preisgebung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die gewöhnliche Millimeter-Zeile 10 Gelpfenig. — Anzeigen im Anzeigenblatt 1 Mark. — Anzeigenentnahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Nr. Brauhausstraße 30. — Preis: höheres Ausland und Schweiz. — Abnahme und Einzelverkauf durch den Verlag für Preisgebung und Entschädigung. — Geschäftsleitung: Halle (Saale), Nr. Brauhausstraße 30. — Verantwortl. Red. 1277.

Nummer 24

Halle (S.), 11. Juni 1927

3. Jahrgang

Bedrohliche Zwischenfälle.

Der serbisch-italienische Konflikt — Vermittlung der Westmächte — Die Verhaftung in Tirana — Neue Gefahren — Jugoslawische Vorsichtsmassnahmen — Beschuldigungen gegen Italien — Secolo und Deure — Anrufung des Völkerbundes? — Der Artikel 19 der Akte — Begegnung Chamberlains und Mussolini? — Scharfe Reden in Moskau — Ermordung Wojkow — Litwinows Note — Deutschland als Vermittler — Stresemann und Tschitscherin — Peinliche Aufgaben — Neue Kämpfe in der inneren Politik — Beamtenbesoldung und Steuervereinfachung — Reich und Länder — Der Fall Wirth — Der Flug Chamberlins — Die Technik als Friedensbrücke.

Mit Aufgebot aller diplomatischen Mittel war es den beiden Westmächten gelungen, den italienisch-jugoslawischen Konflikt seiner Gefahren zu entziehen. Man hätte die beiden Regierungen dazu vermocht, in direkte Verhandlungen miteinander einzutreten. Erfahrungsgemäß verhiert dann ein solcher Streitfall an Bedeutung, da die Wochen hindurch sich hinziehenden Besprechungen fast immer zu einer Annäherung führen. Nachdem es zu dieser Aussprache gekommen war, schien der Konflikt seine Bedeutung endgültig verloren zu haben. Ein peinlicher Zwischenfall läßt ihn jedoch in voller Schärfe wieder aufleben. Die albanische Regierung hat ein Mitglied der serbischen Gesandtschaft verhaftet, was eine schwere Verletzung des Völkerrechts darstellt, da alle diplomatischen Vertreter den Schutz der Exterritorialität genießen. Nachdem die Bemühungen des Belgrader Kabinetts, Genehmigung zu erhalten, vergeblich gewesen sind, kam nur noch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Frage, der auch in der Tat erfolgt ist. Sachlich sind die Serben also vollkommen im Recht. Ob ihre Behauptung hingegen, daß hinter Albanien eine Großmacht, gemeint ist natürlich Italien, steht, ist mehr als zweifelhaft. Zu mindernstens 10 bis 15 Millionen Beweiser dafür erbringen lassen. Ein Artikel des Secolo, wonach der Abbruch der Beziehungen für Italien keinen Anlaß zum Eingreifen darstellte, läßt bei nahe den gegenteiligen Schluß zu. Dabei darf natürlich nicht verkümmert werden, daß jede Weiterung Italien als Schutzmacht Albanien auf den Plan rufen würde. Eine gewisse Gefahr ist damit wieder in greifbare Nähe gerückt.

In Belgrad hat man einen Kabinettsrat abgehalten, der sich offenbar mit sehr ernsten Vorsichtsmassnahmen beschäftigt hat. Die gesamte Flotte erhielt Befehl, sich in die Heimathäfen zurückzuziehen, auch wurden sämtliche Grenzen militärisch gesichert. Ob ein innerer Zugang dazu vorhanden war, läßt sich nicht beurteilen. Jedenfalls zeigt es eine erhebliche Nervosität, die viel bedeutsamer ist, als die Tatsache selbst. Gerade in dieser Stimmung entstehen die Redungen, die häufig genug verhängnisvoll werden. Daß England den Konflikt unterdrücken will, kann man als sicher annehmen. Eigenartig ist diesmal die Lage Frankreichs, das gewisse Verpflichtungen gegen seinen serbischen Schutzstaat hat und mit wachsender Besorgnis diese neue Entwicklung verfolgt. Die Mehrzahl der Pariser Blätter macht aus ihrer Abneigung keinen Hehl. Sie betradachtet das jugoslawische Vorgehen als unangemessen und läßt es die Belgrader Regierung ziemlich deutlich entgelten. Nur der Deure macht eine Ausnahme, dessen nahe Beziehungen zu Briand seinen Ausführungen ernste Bedeutung geben. Er verlangt von Chamberlain eine Intervention in Rom, womit also gesagt wird, daß man auch am Quai d'Orsay die italienische Regierung für den Drahtzieher des Zwischenfalles hält. Der britische Außenminister befindet sich zur Stunde in einem saueren Bade, also auf französischem Boden, wie er es vor Genfer Tagungen zu tun beliebt. Londoner Gerüchte wollen wissen, daß er sich schon vor der Sitzung des Völkerbundes in Berlin mit Mussolini trifft. An sich wäre das nicht unangemessen, da er fast regelmäßig seinen Aufenthalt in Nordbrabant zu solchen Begegnungen mit dem Duce benutzt hat. Der Ernst der Lage ist unverkennbar.

Die im Zusammenhang mit dem serbisch-albanischen Konflikt am meisten erörterte Frage ist das Verhalten des Völkerbundes. Doch er von sich aus niemals einzuwirken, wissen wir. Er hat eine ungenügende Geschäftigkeit, sich nach und nach zu stellen, obwohl das seinen eigentlichen Aufgaben nicht ganz entspricht. Anders aber liegen die Dinge, wenn einer der am Streit beteiligten Staaten, diese Beschwerde stellen. In Tirana scheint man dazu nicht über Lust zu haben und wird durch den Secolo Artikel noch offener von italienischer Seite ermuntert, obwohl dort immer eine gewisse Scheu geherrscht hat, diese Angelegenheit vor das Genfer Forum zu bringen, weil damit auch der Tiranavertrag, den man bisher immer als eine private Sache betrachtet hat, erörtert werden müßte. Dabei ist man sich überall bewußt, daß Italien auch die leiseste Hilfe mit seinem sofortigen Auscheiden aus dem Völkerbunde beantwortet würde. Antworten der französischen Presse, die durch die italienische bestätigt werden,

solten den Schluß zu, daß man, falls es zur Aussprache kommt, auch eine Nachprüfung aller geltenden Verträge — gemeint sind in erster Linie die Friedensverträge von 1919 — fordern wird. Etwas Unangenehmeres könnte den Franzosen gar nicht widerfahren. Sie haben sich bisher mit Erfolg gegen die Annahme des Artikels 19 der Völkerbundsakte getraut, der als eine Kammooschrift — eine Maßvorschrift wäre viel besser — eine Nachprüfung der internationalen Lage und Verträge ausdrücklich vorschreibt, wenn eine Bedrohung gegeben ist. Die Franzosen fürchten, daß es dann nicht bei Erörterung der Balkanverhältnisse bleibt, sondern auch zu einer Unterjochung der mitteleuropäischen Situation kommen könnte. Wir selbst können nicht die Initiative ergreifen, da wir verläßt auf die gute Laune in London und Paris Rücksicht zu nehmen haben. Doch wäre es eine ausgezeichnete Gelegenheit, dann von uns aus die Unerträglichkeiten des Versailles Vertrages zur Sprache zu bringen. Wir brauchen ja nur an Venedig, Danzig, Korridor, Ostoberschlesien, Saargebiet zu erinnern. Das aber ist es gerade, was man in Paris vernünftig wissen möchte.

Der englisch-russische Konflikt hat vorläufig nicht viel von seiner Schärfe verloren. Lord Birkenhead hat zwar eine Rede gehalten, die ein gewisses Einlenken zeigt, und das ist besonders wichtig, weil er zu den Vertretern der schärferen Sonart gehört, aber in Moskau zeigt man wenig Neigung, selbst irgendeinen Schritt zu tun. Man hält Boden, die eher neues Öl in das Feuer gießen, obwohl man sie nicht zu traglich nehmen soll. In Moskau liebt man die großen Worte, um die eigene Unsicherheit zu verbergen. In einen Messingfang denkt man nicht und kann man nicht denken, aber man muß das dem eigenen Volke gegenüber doch etwas verschleiern. So ähnlich hält es zu Mussolini auch. Unangenehm ist dabei die deutsche Stellung, die zwischen beiden Lagern steht und daher auch der geeignete Vermittler wäre. Nur ist das keine Aufgabe, nach der man sich brängt, da man dabei niemals Dutz entsetzt, sich aber sehr zwischen zwei Stühle setzen kann. Ganz erwartet wird Deutschland eine Vermittlerrolle nicht. Herr Tschitscherin hat die merkwürdige Angewohnheit, immer bei seinem Freunde Stresemann zu erscheinen, wenn dieser die Koffer für Genf packt. Der kluge Volkstommilar weiß schon, was er damit will. Es soll Stresemann zweifellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau ebenso bedenklich sein.

Gehören Sie schon der Deutschen Demokratischen Partei an?
Wenn nicht, wären Sie bitte die Demokratie durch Ihren Beitritt.

wie die Mitgliedschaft des Reiches im Völkerbunde. Der Pfingstbegegnung in Baden-Baden der beiden Staatsmänner kommt aber diesmal erhöhte Bedeutung zu, weil Stresemann zwiefellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zu England gesprochen hat und dann Chamberlain darüber Bericht erstatten muß. Entsetzt ist man nicht darüber. Nur kann sich Deutschland nicht dieser eigenartigen Betätigung entziehen.

Nach bei dem Frühstünd in Baden-Baden sahen die politischen Dinge gar nicht so übel aus. Eine Annäherung Englands und Russlands lag nicht ganz außer Bereich der Möglichkeit, auch wenn man sie nicht von heute zu morgen erwarten dürfte. Die im verhängnisvolle Meldung aus Warschau ein. Auf dem Bahnhof, wo er den von London nach Moskau durchführenden Führer der Handelsabordnung Kowaleff begrüßte, wurde der russische Gesandte in Polen Wojkow von einem monarchistischen

russischen Schüler ermuntert. Der Nord ist ja bei Monarchisten eine der am häufigsten angewandten politischen Machtmittel. Nicht nur im Ausland. Man sich also ein Ereignis, das man beinahe als eine Kommissarangelegenheit betrachten kann. Aber Litwinow sagte sie anders auf. Er ist ja immer bereit, seinem Freunde Tschitscherin Knäpkel zwischen die Beine zu werfen. Während dieser sich sehr ruhig zu Professorieren äußerte, hat sein Stellvertreter in Moskau eine scharfe Note nach Warschau gerichtet. Er zählt darin alles Annehmlich auf, das die Sonjatsch erfahren haben. Die Befragung der Postfach in Berlin, den Überfall auf Wroos und den Abbruch der Beziehungen zu England. Voraus er logisch schließt, daß diese Politik die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen, obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Monarchisten besonders gefährlich seien. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht besonderer Freundschaft zu Polen, finden aber diese Anlage unbegründet. Kein Staat vermag solche Attentate zu verhindern. In Berlin haben wir ja auch Ermordungen russischer und kirchlicher Staatsmänner ertragen müssen. Was Litwinow will, ist ganz offenbar ein Konflikt schärfster Ausprägung, der naturgemäß auch sofort die Westmächte, vor allem England, wieder in eine gereizte Stimmung bringen muß. Frankreich hat eben erst einen Vorvertrag mit den Russen über die zaristischen Schulden abgeschlossen, kann aber kaum sich englischen Forderungen entziehen, wenn etwa eine Bedrohung Polens entstehen sollte. Auch dieser Zwischenfall ist geeignet, neue Bewicklungen heraufzubeschwören.

In der inneren Politik hatten wir Feiertag. Eine Atempause vor neuen Kämpfen. Wenn am 14. der Reichstag wieder zusammentritt, wird eine ganze Reihe von Vorlagen zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben. Das Strafrechtsgesetz gehört dazu noch nicht. Es wird an die Kommission verwiesen, die sich dann in mühseliger Arbeit mit den einzelnen Paragraphen beschäftigen und dabei allerdings sehr heftige Meinungsverschiedenheiten ausgleichen muß. Nach die Zolltarifverträge durch Verlängerung erledigt werden. Nur die Erhöhung des Zuckersoll ist gleichzeitiger Senkung der Indusktsteuer wird eine lebhafteste Debatte hervorgerufen. Bedenklicher ist die Vereinfachung der Steuern, wie sie Herr Dr. Köhler vorschlägt, und die namentlich im Bereich Abzugsteuer erregt hat. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern gewinnt wieder an unheilvoller Bedeutung. Am schärfsten aber wird die Frage der Beamtenbesoldung erörtert werden. Das Reichsfinanzministerium möchte diese Angelegenheit bis zum Herbst verschieben, wird aber dabei auf den entschiedenen Widerstand der Parteien stoßen. Herr Dr. Köhler fürchtet für das Gleichgewicht seines Etats. Man kann es ihm nachfühlen, nur hätte er etwas weniger freigebig gegen die süddeutschen Staaten sein sollen. Ob der Konflikt zwischen Herrn Dr. Wirth und dem Zentrum und die Entzerrung Dr. Breßis aus dem Reichsfinanzministerium in irgendeiner Form zur Erörterung gelangen, läßt sich noch nicht absehen. Sollte es dazu kommen, so wird sich voraussichtlich im hohen Maße ein sehr reger Gedankenaustausch entwickeln.

Ein vertrauliches Ereignis ist in diesen Pfingsttagen zu suchen. Nachdem Lindbergh seinen Flug über den Ocean glänzend durchgeführt hat, ist das gleiche Wagnis Chamberlain und Weime gegliedert. Ledber hat ihre flüchtige Tat äußerlich eine Einbuße dadurch erlitten, daß sie sich nach Cottbus verlagern und Berlin nicht zur festgesetzten Stunde erreicht haben. Trozdem haben sie den Weltrekord geschlagen und es war sehr berechtigt, daß ihnen die Reichshauptstadt einen jubelnden Empfang bereite, an dem vom Reichspräsidenten angefangen sich alle Behörden beteiligt haben. Vorläufig noch die Heloland einwintern, weist sie jedoch in die Zukunft. Die Technik einigt die Völker aneinander und läßt die Entfernungen zusammenschnürfen. Je stärker diese Entwicklung sich vollzieht, umso mehr wird sie eine Friedensbrücke sein.
Richard M. a. p.



Kammer legenden Ort oder in den Wartestand versetzt, so kann der Reichsmittelrat des Innern das Mittelglied auffordern, sein Amt als Mitglied der Reichsdienststrafkammer niederzulegen; lehnt es dieses ab, so entscheidet der Reichsdienststrafhof über die Fortdauer oder Beendigung der Mitgliedschaft durch Beschluß.

Um das preussische Polizeigeh.

Der Beamtenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Breslau hat sich mit dem Entwurf eines preussischen Polizeibeamtengesetzes befaßt und in einer Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß er diesen Entwurf für untragbar hält, weil er einen Abbau des Beamtenrechtes darstellt. Der Ausschuß fordert, daß alle Polizeibeamten unter das allgemeine Beamtenrecht gestellt werden. Die Aufhebung des Berufsbeamtenbundes während der ersten zwölf Dienstjahre, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, ist zu verwerfen. Nach Ablauf der zwölf Jahre ist bindendes Recht dahingehend zu schaffen, daß jeder Polizeibeamte ein Anrecht auf lebenslängliche Anstellung hat. Die Unfallfürsorge für Polizeibeamte ist den besonders schwierigen Dienstverhältnissen der Polizeibeamten anzupassen.

Zur Abfindung der Junglehrer.

Wie aus Vortragsnotizen mitgeteilt wird, hat nur eine geringe Anzahl von Junglehrern von der Möglichkeit einer

Abfindung Gebrauch gemacht. Als Abfindung werden 1000 Mark gezahlt. Die Regierungen verfahren indessen bei den Abfindungsgesuchen recht vorsichtig, wenn nicht gar engstirnig. Da der Staat sich durch die Gewährung der Abfindung von der moralischen Verpflichtung befreit will, die Junglehrer im Schuldienst anzustellen, so widerspricht es dem Sinn und dem Willen des Regierungserlasses, wenn die Regierungen nicht in weitgehendem Maße den Anträgen der Junglehrer und Junglehrerinnen entgegen kommen.

Wirtschaftliches

Neue Dammbauten in der Nordsee.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsblattes“ wird in diesem Jahr außer dem soeben eingeweihten Hindenburg-Damm zwischen der Insel Sylt und dem Festland noch ein weiterer Damm fertiggestellt, der Ostland mit dem Festland verbindet. Im Jahre 1928 soll dann ein Damm Ostland-Langeneß gebaut werden. Ferner haben die zuständigen preussischen Ministerien Unterhandlungen veranlaßt über weitere Dammbauten, die die Halligen mit dem Festland verbinden sollen und weiterhin ist auch ein Damm zwischen der Insel Amrum und Sylt auf Fähr geplant. Diese Dämme sind jedoch keine Eisenbahndämme, sondern sie haben den Charakter von Schutzdämmen mit dem Zweck der Landgewinnung im Wattenmeer.

Die deutschen Aktienmissionen Januar bis Mai. Die Aktienmissionen sind im letzten Vierteljahr und im 1. Vierteljahr 1927 ungefähr gleich gewesen. Im April 1927 ist eine Steigerung der Emissionen von 1 Kapitalmarkttes zugleich mit den zurückgehenden Kursen nachgefallen. Es ist daher, wie sich aus der Vierteljahresbest. des Instituts für Konjunkturfrage ergibt, anzunehmen, daß die Durchführung der oben Kapitalerhöhungen, nach denen eine ähnliche Ausgabe wie im April zu erwarten war, nicht in Höhe erfolgen wird. Auf dem Markt der festverzinsten Papiere sei auch schon jetzt ein Rückgang der Emissionen zu beobachten. Namentlich hätten sich die Anträge auf Erlaßung an der Berliner Börse stark verringert. Im Zusammenhang mit den vermindernden Emissionen hat die Deposition bei den Sparkassen immer noch einen verhältnismäßig großen Umfang. Der Anlageüberfluß im April war höher als im November und Dezember.

Briefkasten

Ein mehrere! Papier darf nur auf einer Seite beschriftet werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Wülfel, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Konsumverein für Magdeburg u. Umg.
Jacobstraße 42

Sommer-Kleiderstoffe

Wachmuffeline moderne Muster, 1.05 0.88 0.72 0.65	0.50
Wollmuffeline aparte Neuheiten 3.10 2.75	1.65
Kunstseide viele moderne Farben 2.25 1.60 1.25	0.95
Wachseide das praktische Kleid 3.40 2.85 2.10 1.40	0.95

Boile geh. schöne Muster	3.-	2.70
Crepe marocaine das Neueste	4.-	3.50
Zephir einfarbig und gestreift	0.75 0.60	0.45
Bertal schöne Streifen	0.85	0.90

„Zum Patzenhofer u. Hotel „Stadt Prag“
 Bülarstraße Nr. 1 b-2 — Fernruf: Patzenhofer 7239, Hotel
Das Haus der guten Küche
 Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch
 Jeden Abend abwechselnd Stammergeichte
 Zum Ausschank gelangen die gut gepflegten und temperierte „Schalbel-Patzenhofer“ Biere, ganz besonders made auf die neu eingebaute He- und Füllungs-Anlage aufmerksam, wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollständig rauchfrei ist.
 Neue Bewirtschaftung: Hermann Hol

Alb. Willy Schülke
 Kunst- und Bauschlosserei
 Wallstraße 12, Magdeburg, Fernruf
fertigt alle Schlosserarbeiten
 Spez.: Markisen, Scherengitter

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
B. Wolf's Gelegenheitskäufe
 Schwertfegerstraße 14/15.

Die Hilfe
 Halbmonatsschrift für Politik, Literatur und Kunst
 Begründer:
D. Friedrich Naumann
 Herausgeber:
Anton Erkelenz
 und
Dr. Gertrud Bäumer
 M. d. G.
 Preis 4,50 M. im Vierteljahr
 Man bestellt bei der Post, beim Buchhändler oder beim Verlag Ernst Ziffers' Erben, Berlin G2, Breite Straße 8-9

Die größte **Gebenswürdigkeit** Magdeburgs ist und bleibt **Parkrestaurant Vogelgesang**
 Täglich Konzerte
 Jetzt Beginn der Rosenblüte

Hohenzollern-Park.
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
 mit
Kleinkunst-Bühne.

Die Wahrheit über Ihren Charakter, Liebe, Zukunft, Reichtum, Eheleben etc. sagt Ihnen auf Grund astrologischer Wissenschaft (Stendung u. Graphologie (Handschritten-entwurf) Endeunterzeichner. Ich empfehle Ihnen, heute noch zu schreiben und Ihre genaue Adresse mit Geburtsdatum anzugeben. Sie erhalten hierauf eine wichtige Mitteilung.
Georg Krieg, München, Postamt 26.

Salzquelle
 Jeden Sonntag:
Konzert
 Anschließend
Tanzkränzchen.

Drucksachen
 für Vereins-u. Privatbedarf stellt preiswert her die Buchdruckerei **Hugo Alpers** Delitzsch - Hallesche Straße 1

Wilhelm Kobel
ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren
 Altrenom. Wurst- u. Fleischwaren auch Magdeburg
 Bärplatz, Fernruf

Erstklassige Fahrräder
 mit Garantie, Freilauf u. Bereifung in allen Preislagen von **M 39,50** an
 Die Aushändigung unserer besten Tourenräder erfolgt bei nur **Anzahlung M 10.-** **Wochenrate M 2,50**
AUTOFABRIK G.M.B.H. Berlin-SW 68 Alexandrinen-Strasse 945
 Wir liefern unsere Fahrradmodelle freispiegel- und verpackungsfrei, jeder deutsch beschriftet.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
 Bes. Ad. Bübnagel.
Inferieren bringt Gewinn!

Die glückliche Geburt eines **Sohnes** zeigen an **Dr. Gustav Schroeder u. Frau** Gertrud geb. Herwig
 Magdeburg den 1. Juni 1927. Kaiser Friedrichstr. 11, 1.

Folgen der zunehmenden Teuerung.

Von Ehrenobermeister Wilh. Kniefe, M. d. B. L., Kassel-Wilhelmshöhe.

Die Einlagen in den Sparfilzen nehmen in erfreulicher Weise zu. Das darf aber sicher sein, der Sparfilm ist wohl vorwiegend ein ergumender, da bei der unsicheren Wirtschaftslage bei vielen Sparern die Sorge der möglichen Arbeitslosigkeit die Ursache ist.

Viele warten auch noch auf den vom ehemaligen Reichsanwalt Dr. Luthner angekündigten Preisabbau, der ja bekanntlich seit 1. Oktober 1925 da sein sollte.

Die meisten Waren sind aber schon vor längerer Zeit in den Preisabau, allenfalls der Rohstoffe, welcher Schweinefleisch ist. Dieser unverschämte Preisrückgang ist aber als Preisrückgang zu bezeichnen.

Nach all den Vorgängen ist es begreiflich, wenn nun die Beamtenfrage sich nicht mehr verdrängen läßt; steht doch ihr Einkommen in den meisten Gruppen noch unter dem Wertesstand.

Die Teuerung wie die Staatsregierung haben schon lange eingeschlossen, daß ein Ausgleich der wachsenden Ausgaben erfolgen muß.

Die Teuerung wie die Staatsregierung haben schon lange eingeschlossen, daß ein Ausgleich der wachsenden Ausgaben erfolgen muß. Aber die ungewöhnlichen Lasten, welche der verlorene Krieg bedingt, haben den guten Willen nicht ur Tot werden lassen.

Zuletzt undes wollen die Menschen auch alle beschäftigt werden und leben. All die beschäftigten und durchgeführten Nationalisierungsvorhaben haben doch in der Hauptsache dazu geführt, Menschen arbeitslos und das ist unzufrieden zu machen.

Geld jemand erhält, sondern was für das Geld gekauft werden kann, somit waren wir ja in der Zeit, als wir Millionen in der Tasche hatten, die glücklichsten Menschen gewesen.

Reichswehrministerium und Handwerk. Mißstände bei Auftragserteilungen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, ist in führenden Handwerkerkreisen erhebliche Mißstimmung darüber entstanden, daß bestimmte Befehlshaber der Reichswehr und der Reichsmarine ein überaus geringes Bedürfnis für die schwerste Lage zeigen, in der sich das deutsche Handwerk befindet.

Advertisement for 'Gruppe Nordfront, Alte Neustadt'. Includes text: 'D. D. F. Magdeburg', 'Gruppe Nordfront, Alte Neustadt', 'Dienstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr spricht im Café der „National-Festsäle“, Eingang Hohepfortestraße 57 Magistratsrat Kurth über: Welche Änderungen des Aufwertungsgesetzes stehen bevor. Gäste haben Zutritt.'

des Dienstes zu unterlagen. Weiter sind neuerdings auch die Bekleidungsabteilung des Reichswehr- und Marinebestandes dazu übergegangen, Extra-Uniformen anzufertigen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich mehrfach mit diesen Klagen beschäftigt und sie hat in einem Schreiben an das Reichswehrministerium u. a. ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es weder im Interesse des Handwerks noch im Interesse der Reichswehr gelegen ist, wenn die Vergebung von Manufakturstrahlen, für die im Haushaltplan recht hohe Beträge ausgeworfen sind, nicht an das selbständige Handwerk, sondern an Strafanstalten erfolgt.

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion Ergebnis der Buchprüfungen 1926.

Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichstag eine Überbericht über das Ergebnis der während des Rechnungsjahres vorgenommenen Buchprüfungen übermittelt. Aus dieser Überbericht ergibt sich, daß die größte Zahl der Prüfungen im Landesfinanzamt Hannover stattgefunden hat, und zwar sind hier 14 851 Fälle geprüft worden.

nommen und zwar ergaben diese Nachprüfungen, ein Mehr an Reichseinkünften von 98 908 888 Mark, an Landessteuern, Kirchensteuern und sonstigen Steuern ein Mehr von 10 286 071 Mark. An Geldstrafen wurden verhängt 4 898 843 Mark.

Das Programm der deutschen Bauernschaft.

Ueber die grundlegenden Richtlinien des Programms der deutschen Bauernschaft ist schon bei den bisherigen Verhandlungen volle Einigkeit erzielt worden. Die Durchsetzung und Einigung über alle Einzelpunkte des aufgeführten Programms ist einer bäuerlichen Programmkonferenz vorbehalten, die voraussichtlich in der letzten Juniwoche zusammentreten wird.

Eine Million Kleingärten in Deutschland.

Auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung wurden im Deutschen Reich 1 072 023 Kleingärten mit einer Fläche unter 500 qm ermittelt.

Steuerfindung bei Hochwassererschäden.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß anlässlich der großen Hochwassererschäden, die in letzter Zeit in verschiedenen Gegenden des Reiches eingetreten sind, die früheren Richtlinien über Steuerfindung auch weiterhin entsprechend anzuwenden sind.

Das Steuervereinfachungsgesetz.

Wie verlautet, wird das Reichsministerium erst endgültig über das Steuervereinfachungsgesetz Beschlüsse fassen, wenn der Reichsfinanzminister Dr. Köhler wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion Reichsarbeitsminister und Vordereformgesetz.

Der schnellen Verabschiedung des preussischen Städtebaugesetzes sind dadurch Schwierigkeiten entgegengetreten, weil das Reich das Vordereformgesetz (Wohnheimstätten-gesetz) nicht fertiggestellt hat.

Wenn nun selten das Reichsgesetz vorgeworfen wird, daß die Beratungen über das Wohnheimstätten-gesetz schlecht vorwärts gegangen seien, und daß dadurch die Vorlegung bisher immer wieder unmöglich geworden sei, so entsteht das jeder Begründung.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 75 Cents pro Quartal. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Verleger, Buchhändler und die Verlagsgesellschaft, Halle (Saale), Dr. Straußstraße 30, entgegen. — Einzelhefte 10 Cents. — Einzelhefte 10 Cents. — Einzelhefte 10 Cents.

Anzeigenpreis: Für die gewöhnliche Zeile 10 Cents pro Woche. — Anzeigen in Reklametext 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Dr. Straußstraße 30. — Druckerei: Druckerei des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Dr. Straußstraße 30. — Verleger: Dr. Strauß.

Nummer 24

Halle (S.), 11. Juni 1927

3. Jahrgang

Bedrohliche Zwischenfälle.

Der serbisch-italienische Konflikt — Vermittlung der Westmächte — Die Verhaftung in Tirana — Neue Gefahren — Jugoslawische Vorsichtsnahmen — Beschuldigungen gegen Stajan — Secolo und Dewre — Anrufung des Völkerbundes? — Der Artikel 19 der Akte — Begegnung Chamberlains und Mussolini? — Scharfe Reden in Moskau — Ermordung Wojkow — Litwinows Note — Deutschland als Vermittler — Stresemann und Tschitscherin — Peinliche Aufgaben — Neue Kämpfe in der inneren Politik — Beamtenbesoldung und Steuervereinfachung — Reich und Länder — Der Fall Birth — Der Flug Chamberlains — Die Technik als Friedensbürg.

Mit Aufgebot aller diplomatischen Mittel war es den beiden Westmächten gelungen, den italienisch-jugoslawischen Konflikt seiner Gefahren zu entkleiden. Man hatte die beiden Regierungen dazu vermocht, in direkte Verhandlungen miteinander einzutreten. Erfahrungsgemäß verzögert dann ein solcher Streitfall an Bedeutung, da die Wochen hindurch sich hinziehenden Besprechungen fast immer zu einer Annäherung führen. Nachdem es zu dieser Aussprache gekommen war, schien der Konflikt seine Bedeutung endgültig verloren zu haben. Ein peinlicher Zwischenfall läßt ihn jedoch in voller Schärfe wieder aufleben. Die albanische Regierung hat ein Mitglied der serbischen Gesandtschaft verhaftet, was eine schwere Verletzung des Völkerrechts darstellt, da alle diplomatischen Vertreter den Schutz der Exterritorialität genießen. Nachdem die Bemühungen des Belgrader Kabinetts, Genugtuung zu erhalten, vergeblich gewesen sind, kam nun noch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Frage, der auch in der Tat erfolgt ist. Sichtlich sind die Serben also vollkommen im Recht. Ob ihre Behauptung hingegen, daß hinter Albanien eine Großmacht, gemeint ist natürlich Italien, steht, ist mehr als zweifelhaft. Zu mindestens sind sich kein Beweis dafür erbringen lassen. Ein Artikel im Secolo, wonach der Abbruch der Beziehungen für Stajan den letzten Anstoß zum Eingreifen darstellte, läßt bereits den gegenteiligen Schluß zu. Dabei darf natürlich nicht verkannnt werden, daß jede Welterung Italiens als Schutzmacht Albanien auf den Plan rufen würde. Eine gewisse Gefahr ist damit wieder in greifbare Nähe gerückt.

In Belgrad hat man einen Kabinettsrat abgehalten, der sich offenbar mit sehr engeren Vorsichtsmaßnahmen beschäftigt hat. Die gesamte Note erhielt Befehl, sich in die heimathlichen zurückzuführen, auch wurden sämtliche Grenzen militärisch gesichert. Ob ein innerer Zwang dazu vorhanden war, läßt sich nicht beurteilen. Jedenfalls zeigt es eine erhebliche Nervosität, die viel bedeutender ist, als die Tatsache selbst. Gerade in dieser Stimmung entstehen die Verhandlungen, die häufig genug vergebnislos werden. Daß England den Konflikt unterdrücken will, kann man sich sicher annehmen. Eigenartig ist diesmal die Lage Frankreichs, das gewisse Verpflichtungen gegen seinen serbischen Schutzpatron hat und mit wachsender Besorgnis diese ohne Entwidnung verliert. Die Mehrheit der Pariser Blätter macht aus ihrer Abneigung keinen Hehl. Sie erachtet das jugoslawische Vorgehen als unannehmbar und läßt es die Belgrader Regierung ziemlich deutlich empfinden. Nur der Dewre macht eine Ausnahme, dessen nahe Beziehungen zu Briand seinen Ausführungen erste Bedeutung geben. Er verlangt von Chamberlain eine Intervention in Rom, womit also gesagt wird, daß man auch in Rom die italienische Regierung für den Trugsieger des Zwischenfalles hält. Der britische Außenminister befindet sich zur Stunde in einem Saal von Baden, wo auf französischem Boden, wie er es vor Genfer Tagungen zu tun beliebt. Londoner Gerüchte wollen wissen, daß er sich schon vor der Sitzung des Völkerbundes in Berlin mit Mussolini trifft. An sich wäre das nicht unannehmbar, da er fast regelmäßig seinen Aufenthalt in der Ordnung zu solchen Begegnungen mit dem Duce bezieht hat. Der Ernst der Lage ist unverkennbar.

Die im Zusammenhang mit dem serbisch-albanischen Konflikt am meisten erörterte Frage ist das Verhalten des Völkerbundes. Daß er von sich aus niemals einschreiten kann, ist klar. Er hat eine ungenügende Geschäftigkeit, sich nicht blind zu stellen, obwohl das seinen eigentlichen Aufgaben nicht ganz entspricht. Anders aber liegen die Dinge, wenn einer der am Streit beteiligten Staaten, Genuevras folgt. In Tirana scheint man dazu nicht überwillig zu haben und wird durch den Secolo Artikel noch fähig von italienischer Seite ermuntert, obwohl dort immer eine gewisse Scheu geherrscht hat, diese Angelegenheit vor das Genfer Forum zu bringen, weil damit auch der Tiranavertrag, den man bisher immer als eine private Sache betrachtet hat, erörtert werden müßte. Dabei man sich überall bewußt, daß Italien auch die leistungsfähigste mit seinem sofortigen Auscheiden aus dem Völkerbunde beantwortet würde. Andeutungen der französischen Presse, die durch die italienische bestätigt werden,

solten den Schluß zu, daß man, falls es zur Aussprache kommt, auch eine Nachprüfung aller geltenden Verträge — gemeint sind in erster Linie die Friedensverträge von 1919 — fordern wird. Etwas Unannehmliches könnte den Franzosen gar nicht widerfahren. Sie haben sich bisher mit Erfolg gegen die Anwendung des Artikels 19 der Völkerbundsakte getraut, der als eine Kanonenschrift — eine Maßvorschrift wäre viel besser — eine Nachprüfung der internationalen Lage und Verträge ausdrücklich vorseht, wenn eine Bedrohung gegeben ist. Die Franzosen finden, daß es dann nicht bei Förderung der Basisverhältnisse bleibt, sondern auch zu einer Unterdrückung der mitteleuropäischen Situation kommen könnte. Wir selbst können nicht die Initiative ergreifen, da wir vorläufig auf die gute Laune in London und Paris Rücksicht zu nehmen haben. Doch wäre es eine ausgezeichnete Gelegenheit, dann von uns aus die Unerträglichkeiten des Versailles Vertrages zur Sprache zu bringen. Wir brauchen ja nur an Wien, Danzig, Korridor, Ostoberschlesien, Saargebiet zu erinnern. Das aber ist es gerade, was man in Paris vernünftig wissen müßte.

Der englisch-russische Konflikt hat vorläufig nicht viel von seiner Schärfe verloren. Vor Birkenhead hat zwar eine Rede gehalten, die ein gewisses Entleeren zeigt, und das ist besonders wichtig, weil er zu den Vertretern der schärferen Front gehört, aber in Moskau zeigt man wenig Neigung, selbst irgendwelchen Schritt zu tun. Man hält Neben, die eher neues Öl in das Feuer gießen, obwohl man die nicht zu traglich nehmen sollte. In Moskau sieht man die großen Worte, um die eigene Unsicherheit zu verbergen. An einen Waffengang denkt man nicht und kann man nicht denken, aber man muß das dem eigenen Volke gegenüber doch etwas verschleiern. So ähnlich hält es ja Mussolini auch. Unannehmlich ist dabei die deutsche Stellung, die zwischen beiden Lagern steht und daher auch der geeignete Vermittler wäre. Nur ist das keine Aufgabe, nach der man sich drängt, da man dabei niemals Dank erntet, sich aber sehr zwischen zwei Stühle setzen kann. Gar erpönt wird Deutschland eine Vermittlerfähigkeit nicht, Herr Tschitscherin hat die merkwürdige Angewohnheit, immer bei seinem Freunde Stresemann zu erscheinen, wenn dieser die Köpfe für Genf packt. Der Frage Vorkommnisse weiß schon, was er damit will. Es soll Stresemann zweifellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau ebenso bedeutsam sind.

Gehören Sie schon der Deutschen Demokratischen Partei an?
Wenn nicht, hätten Sie bitte die Demokratie durch Ihren Beitritt.

wie die Mitgliedschaft des Reiches im Völkerbunde. Der Pfingstbegegnung in Baden-Baden der beiden Staatsmänner kommt aber diesmal erhöhte Bedeutung zu, weil Stresemann zweifellos mit Tschitscherin über die Beziehungen zu England gesprochen hat und dann Chamberlain darüber Bericht erstatten muß. Enttäuscht ist man nicht darüber. Nur kann sich Deutschland nicht dieser eigenartigen Betätigung entziehen.

Nach bei dem Frühstünd in Baden-Baden haben die politischen Dinge gar nicht so überaus. Eine Annäherung Englands und Russlands lag nicht ganz außer Bereich der Möglichkeit, auch wenn man sie nicht von heute zu morgen erwarten dürfte. Da traf die verhängnisvolle Meldung aus Warschau ein. Auf dem Bahnhof, wo er den von London nach Moskau durchfahrenden Führer der Handelsabordnung Kowaleff begrüßte, wurde der russische Gesandte in Polen Wojkow von einem monarchistischen

russischen Schüler ermordet. Der Mord ist ja bei Monarchisten eine der am häufigsten angewandten politischen Machtmittel. Nicht nur im Ausland. An ihn also ein Ereignis, das man beinahe als eine Familienangelegenheit betrachten kann. Aber Litwinow sah sie anders an. Er ist ja immer bereit, seinem Freunde Tschitscherin Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Während dieser sich sehr ruhig zu Pressevertretern äußerte, hat sein Stellvertreter in Moskau eine scharfe Note nach Warschau gerichtet. Er zählt darin alles Ungemach auf, das die Sowjets erfahren haben. Die Besetzung der Postfach in Peking, den Überfall auf Urcos und den Abbruch der Beziehungen zu England. Woraus er logisch schließt, daß diese Politik die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen, obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Emigranten in ihren Plänen ermuntert haben. Polen aber habe nicht genügend Vorsorge getroffen, obwohl gerade auf seinem Boden die russischen Emigranten besonders geschäftig seien. Wir stehen gewiß nicht im Verdacht besonderer Freundschaft zu Polen, finden aber diese Anklage unbegründet. Kein Staat vermag solche Attentate zu verhindern. In Berlin haben wir ja auch Ermordungen russischer und türkischer Staatsmänner ertragen müssen. Was Litwinow will, ist ganz offenbar ein Konflikt schärfter Ausprägung, der naturgemäß auch sofort die Westmächte, vor allem England, wieder in eine gewisse Stimmung bringen muß. Frankreich hat eben erst einen Vorvertrag mit den Russen über die juristischen Schritte im Falle eines Konfliktes geschlossen. Die englische Aufregung Polens ist geeignet, neue

bertrag. Eine am 14. der ganze Reihe hungen Anlaß ch nicht. Es dann in mäh-en besitzigen ngsoerichtsden-uelle dürfte ie Erhöhung er Justizseiner obenstlicher ist ertz Dr. Köh-n Abdruckung und Ländern r. Am stärkst-ter erörtert che diese An-nd aber dabei emittiert stopen. emittiert seines ätte er etwas ten sein sol-ten. Wirtch und dem Zentrum und die Entfernung Dr. Brechts aus dem Reichsinnenministerium in irgendeiner Form zur Förderung gelangen, läßt sich noch nicht absehen. Sollte es dazu kommen, so wird sich voraussichtlich im hohen Hause ein sehr reger Gedankenaustausch entwickeln.

Ein erfreuliches Ereignis ist in diesen Pfingsttagen zu suchen. Nachdem Lindbergh seinen Flug über den Ocean glänzend durchgeführt hat, ist das gleiche Waqnis Chamberlain und Levine geglückt. Leider hat ihre kleine Tat äußerlich eine Einbuße dadurch erlitten, daß sie sich nach Gotthaus verfliegen und Berlin nicht zur festgesetzten Stunde erreicht haben. Trotzdem haben sie den Weltretter geschlagen und es war nur bedauerlich, daß ihnen die Reichshauptstadt einen jubelnden Empfang bereiteite, an dem vom Reichspräsidenten angefangen sich alle Bevölkerung beteiligt haben. Vorläufig noch die Heldentat zwingt die Völker anerkennen und läßt die Entfernungen zwischenschmücken. Je stärker diese Entwicklung sich vollzieht, umso mehr wird sie eine Friedensbürgschaft.

Richard Man.

